

Widerstand gegen Kiesabbau im Ilsetal geht weiter

Vertreter der Bürgerinitiative in Magdeburg zu Gast beim Petitionsausschuss des Landtages

Stötterlingen/Bühne (mhe) • Der Petitionsausschuss des Landtages hatte jetzt ein weiteres Mal den beantragten Kiesbau im Ilsetal zwischen Bühne und Stötterlingen auf seine Tagesordnung gesetzt und dazu vor wenigen Tagen auch wieder Vertreter der örtlichen Bürgerinitiative eingeladen.

Wie Joachim Moshake, der bereits in der vergangenen Legislatur des Landtages die Petition gegen den Kiesabbau eingereicht hatte, gegenüber der Volksstimme berichtete, seien auch leitende Vertreter der Landesämter für Bergwesen

und Hochwasserschutz sowie der Harzer Kreisverwaltung in Magdeburg gewesen.

Mit diesem neuerlichen Termin sei die Hoffnung verbunden gewesen, nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom März neue Entwicklungen zu erfahren, wie und wo sich der Antragsteller für den Kiesabbau die Aufbereitung und den Abtransport des Kieses vorstelle. Doch der gerichtlich erwirkte Planfeststellungsbeschluss des Bergamtes werde erst gegen Jahresende erwartet. Die Details zum Kiesabbau seien erst danach Bestandteil des Hauptbetriebs-



Ein Protestplakat hatten die Ilsetaler mit nach Magdeburg genommen. Vor dem Landtagsgebäude von links: Andrea Wiedenroth, Joachim Moshake, Petitionsausschussvorsitzende Monika Hohmann (Die Linke), Wilfried Schmidt, Carsten Richter und Dirk Heinemann. Foto: Moshake

plans, den der Antragsteller dann einreichen muss.

Zu fünft waren die Ilsetaler Einwohner zur Ausschusssitzung gefahren, auch Osterwiecks Bürgermeister Dirk Heinemann (SPD) war dabei. Die Kommune hatte sich in der Vergangenheit ebenfalls gegen das Vorhaben gestellt.

Zunächst auf einer Fläche von 56 Hektar sollen in den nächsten zwei Jahrzehnten jährlich 200.000 Kies gewonnen werden.

Das grundsätzliche Gewinnsrecht besitzt der Antragsteller sogar für 193 Hektar. Und zwar seit dem 19. Januar

1996, wie die Bürgerinitiative jetzt mit Hilfe des Petitionsausschusses erfahren hat. Das war 1996 nur drei Monate, bevor Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen nach der Überleitungsvorschrift im Einigungsvertrag auch im Osten nicht mehr als bergfrei galten. Somit kommt hier im Ilsetal der Bodenschaft nicht den Grundeigentümern zugute, sie könnten sogar enteignet werden.

Diese Bewilligung als bergfreier Bodenschatz ist für den Antragsteller bis Ende 2035 befristet worden, könnte aber auch verlängert werden.